

Schicksale der Einwohner vollgestopften unterirdischen Gefasse beschließen sollen, sind machtlos. Einbrüche und Blatige Schlägereien zwischen den Wacktposten und den raubenden Kolonial Soldaten sind an der Tagesordnung.

Das amerikanische Offizierskorps.

Nach einer „Central“-Medung aus Newhork gab Staatssekretär Lansing im Kongress die Stärke der amerikanischen Hilfstruppen in Frankreich mit 550 000 Mann an. Die doppelte Anzahl der Mannschaften wäre bis zum Herbst nach Europa gebracht.

Dankings Angaben über die Stärke der amerikanischen Truppen haben sich bisher immer als echt amerikanisch erwiesen. Um schmerzhaftesten haben das England und Franzosen am eigenen Leibe empfunden, sie werden auch den neuerlichen Angaben über noch zu erwartende Hilfstruppen nicht allzuviel Glauben schenken.

Die Ironie der Weltgeschichte.

Zur Befangennahme des Großfürsten Nikolaus.

Wie bereits gemeldet, sind auf der Halbinsel Krim der einstige Generalissimus des russischen Heeres Nikolai Nikolajewitsch, sowie zwei andere Großfürsten und die Zar in Witwe in deutsche Hände gefallen. Seit Jahr und Tag schmachtete Nikolai Nikolajewitsch, völlig abgeschnitten von der Außenwelt, von einem Häuflein Matrosen bewacht, als Verbannter in der Krim, wo er jetzt von deutschen Truppen — eine feine Ironie des Schicksals! — „befreit“ worden ist.

Wilson ohne Maske.

Der Präsident als Friedenshinderer.

Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß sich der Schwiegersohn des verstorbenen russischen Ministers des Aeußern, Stolypin, Herr v. Bod, der in Berlin lebt, geäußert hat, England wäre schon im März 1917 zum Frieden bereit gewesen, hätte aber seinen Friedenswillen aufgeben müssen, weil Wilson sich gegen den Frieden aussprach, da er den Verlust des in England untergebrachten amerikanischen Geldes befürchtete.

In eingeweihten Kreisen wußte man schon lange, daß in England der Wunsch nach Frieden lebendig ist, England heute aber nicht mehr allein über Krieg und Frieden entscheiden kann. Tatsächlich sind die Mittelungen des Herrn v. Bod zutreffend. Nur darin besteht ein Irrtum, daß England im März 1917 den Friedenswillen bekundet haben soll.

Es fragt sich heute, wie Wilson denkt, was er plant. Jedenfalls ist er konsequent darauf bedacht, in Europa sich die Köpfe zermalmen zu lassen, um entweder aus dem Sieg oder dem Zusammenbruch Englands und seiner Verbündeten seinen Vorteil zu ziehen.

Der Schlüssel zur Politik Wilsons.

Der Newyorker Berichterstatter der Londoner „Daily News“ behauptet, den „Schlüssel“ zur Politik Wilsons gefunden zu haben. Sie liegt darin, Deutschland mit einem Krang „kräftiger zufriedener Demokratie“ zu umgeben.

Italiens Kriegsverluste.

Seine Einbuße an Menschen, Material und Land.

Das Wiener R. A. Telegraphen-Bureau meldet: Den Blättern zufolge haben nach vorläufiger Schätzung maßgebender Stellen die italienischen Armeen in den elf Sonzogneschlachten 270 000 Tote, 230 000 Invalid gewordene und 134 000 Gefangene verloren.

Zur Ablehnung des gleichen Wahlrechts in Preußen.

Die Erklärung über die Auflösung.

Die schon mitgeteilt, hat das Preussische Abgeordnetenhaus am Montag den § 8 der Regierungsvorlage über die Wahlreform, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt.

Hierauf erklärte der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Die Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unverrückbar fest und ist entschlossen, zu seiner Durchführung alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen.

Das Abgeordnetenhaus hat in der Gesamtabstimmung die Wahlrechtsvorlagen gegen die Stimmen der fortschrittlichen Volkspartei, der Polen und der Sozialdemokraten angenommen und sich darauf auf Dienstag, den 4. Juni vertagt.

Die Forderung des Wahlrechts in Sachsen.

Die Deputations- und sonstigen Anträge.

In der gestrigen Sitzung der Zweiten Sächsischen Kammer berichtete der Abg. Brodauf über die Anträge der Mehrheit der Wahlrechtsdeputation betr. das Wahlrecht. Die Mehrheit der Deputation beantragt, die Regierung zu ersuchen, im gegenwärtigen Landtag eine Vorlage einzubringen, durch die an Stelle des jetzt geltenden Wahlrechts für die Wahlen zur Zweiten Sächsischen Kammer das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gesetzt wird.

Darüber hinaus werden folgende Winderheitsanträge gestellt: 1. vom Abg. Fleißner (unabh. Soj.): Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, dem gegenwärtigen Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach a. für die Wahlen zur Zweiten Sächsischen Kammer das allgemeine, gleiche,

direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten, in Sachsen wohnenden Reichsangehörigen unter Anwendung der Verhältniswahl eingeführt, b. den weiblichen Reichsangehörigen nicht nur das Wahlrecht, sondern auch die Wahlfähigkeit zugestanden, c. unter Aufhebung des Unterschiedes von Stadt und Land eine dem System der Verhältniswahl angepasste Neueinteilung der Wahlkreise vorgenommen wird, d. die Wahl an einem Sonntag stattfinden muß;

2. von den Abg. Ritzche, Heib, Ullig, Winffer: Die Regierung zu ersuchen, dem gegenwärtigen Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Landtagwahlgesetz vom 5. Mai 1909 dahin geändert wird, daß die Wahlen zum Landtag das allgemeine und gleiche Wahlrecht aller Reichsangehörigen unter Anwendung des Verhältniswahlsystems zugrunde gelegt wird;

3. von den Abg. Brodauf und Dr. Roth: Die Regierung zu ersuchen, der gegenwärtigen Ständerversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher unter Zugrundelegung der Verhältniswahl die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Wahlen zur Zweiten Sächsischen Kammer und eine Neueinteilung der Landtagwahlkreise unter Befestigung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land vorlegt.

Nachdem Abg. Ritzhammer (nationalist.) die Notwendigkeit der Einführung eines zeitgemäßen Wahlrechts dargelegt hatte, erklärte

Minister Graf v. Bismarck:

Das gegenwärtige Wahlrecht ist seinerzeit als ein großer liberaler Fortschritt gepriesen worden. Jeder Veränderungsvorschlag brauchte auch die Verhältniswahl; ein Zeichen, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht für unser Volk nicht anwendbar ist. Steht der Reichstag das nach ihm zu wertende Bild einer Volksvertretung dar? Ist es ein normaler Zustand, daß das Königreich Sachsen mit seiner Industrie und seiner Wissenschaft von zwei burgerlichen Abgeordneten und 21 Vertretern der Arbeiterpartei vertreten wird? Das gleiche Wahlrecht würde zu schweren Kämpfen führen. Die Verhältniswahl würde in Sachsen die absolute Herrschaft der Sozialdemokratie nur beschränken. Regierung und Stände geben das Treueverhältnisrecht in Sachsen aufgegeben, weil es einer einzigen Partei ein zu starkes Übergewicht gab und den Arbeiterstand nahezu ausschloß.

Nach einer weiteren Aussprache wurden der Mehrheitsantrag gegen die Stimmen der Konservativen angenommen und die Winderheitsanträge abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Alleine politische Meldungen.

Einigung über das sächsische Kohlenregalgesetz. Schließlich das Kohlenregalgesetz bestanden zwischen den Reichstagen der Ersten und der Zweiten Kammer Differenzpunkte, die jetzt im Vereinigungsverfahren zwischen beiden Kammern beseitigt worden sind.

Eine Anfrage im Reichstage. Der Abg. Siedum (Soj.) hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: Nach übereinstimmen-